

erschienen jede Woche, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.
Seitenspreis: in Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einl. Postgebühren einl. 15.- (Postnummer 70 J.)
Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Durchsicht 1.20, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Anzeigen in der Rabatt einseitig.

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Geegründet 1826

SchulstraÙe, Druck und Verlag von G. W. Zeller (Ers. Zeller) Nagold.

Freitag den 1. Juni 1922

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Die Zeit. Wochenschrift mit feineren Bildern übernommen. Es wird keine Ausgabe ohne Anzeigen geben. Bei Anzeigen über Bestellungen in bestimmten Rubriken aber an der gewöhnlichen Stelle erscheinen. In Fällen von überhöhter Gewalt besteht kein Recht auf Befreiung der Zeitung aber auf Rückzahlung d. Bezugsverpflichtung.

Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold.

Postfachkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 126

Donnerstag den 1. Juni 1922

96. Jahrgang

Die Zwangsanleihe

Die im Oktober dieses Jahres bevorstehende Durchführung der Zwangsanleihe findet auffallenderweise trotz der ungeheuren Bedeutung für unsere Volkswirtschaft bis jetzt nur wenig Beachtung, wohl deshalb, weil die Zeichnungspflicht das Einkommen als solches unberücksichtigt läßt und nur das Vermögen, ob es nun in Bargeld und Wertpapieren oder in Liegenschaften besteht, heranzieht. Viele denken, da sie von der Zeichnungspflicht befreit seien, gehe sie die Zwangsanleihe überhaupt nichts an. Das ist natürlich sehr kurzfristig, denn man kann nicht mit einem Schlag 100 Milliarden Goldmark und mehr aus einer Volkswirtschaft herausziehen und sie, wie in diesem Fall, an ein feindliches Ausland dahingeben, ohne daß die Auswirkungen sich bis in die kleinsten Verästelungen des Volkswirtschafts fühlbar machen. Die Reichsregierung und mit ihr die Mehrheit des Reichstags, wie sie im bekannten Steuerkompromiß sich bildete, sind überzeugt, daß der Widerstand ohne gefährliche Fieber des Patienten zu bestehen sei. Einen anderen Standpunkt nimmt der frühere Staatsminister Dr. Heßlerich, einer der gründlichsten Kenner des deutschen Wirtschaftswesens, ein. Er glaubt von der Zwangsanleihe geradezu den Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft erwarten zu müssen. Die Begründung seiner Ansicht, die er in der D. Tageszeitung veröffentlicht, ist auf alle Fälle von großem Interesse und wir geben sie anzugsweise im Nachstehenden wieder, ohne jedoch zu ihr Stellung zu nehmen.

Wie sieht die Zwangsanleihe aus?
Die Zwangsanleihe ist bis zum 1. Oktober 1925, also für die ersten drei Jahre, unverzinslich. Sie soll dann für weitere 5 Jahre nur 2% Prozent und schließlich vom 1. Oktober 1930 ab 4 Prozent Zinsen tragen. Vom 1. Oktober 1925 ab soll sie mit 15 Prozent des ursprünglichen Nennbetrags zusätzlich ersparter Zinsen durch Rückkauf zum Nennwert (nicht etwa durch Auslösung zum Nennwert) gelöst werden. Argendwelche Befreiung von Kapitalertragssteuer oder sonstigen Abgaben ist nicht vorgesehen. Bei dieser Ausgestaltung der Anleihe und angesichts der Tatsache, daß die 5prozentigen Kriegsanleihen trotz des Rückkaufs, den sie in der Aufnahmefähigkeit der Kriegsanleihe-H.-G. haben, nicht höher als 77% Prozent stehen, wird man den tatsächlichen Wert, der bei einem Verkauf für die Stücke der Zwangsanleihe zu erzielen sein wird, kaum höher als mit 35 Prozent des Nennwerts annehmen können, zumal wenn man berücksichtigt, daß der Betrag der neuen Zwangsanleihe höher sein wird als der gesamte Nennbetrag der heute im Besitz des Publikums befindlichen neuen Kriegsanleihen (etwa 70 Milliarden Mark). Da die Zeichnungspflichtigen auf die Zwangsanleihe den vollen Nennwert einzahlen müssen, stellen etwa 60 Prozent der Zwangszeichnung eine Vermögensabgabe dar.

Eine Verpflichtung zur Zeichnung der Zwangsanleihe soll weder der Reichsbank noch den Reichsdarlehensstellen auferlegt werden; die Zeichnungspflicht der Zwangsanleihe soll vielmehr dem „freien Markt“ überlassen bleiben. Es ist nicht wahrscheinlich, daß auf die Zwangsanleihe im Wege der Lombardierung mehr als 25 Prozent des Nennwerts zu beschaffen sein werden, und auch das nur zu hohen Zinsen. Volle 75 Prozent des Nennwerts werden die Zeichnungspflichtigen in anderer Weise aufbringen müssen.

Wer ist zeichnungspflichtig?
Alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die am 1. Januar 1923 vermögenssteuerpflichtig sind, und zwar auf Grund des Vermögens, das für den 31. Dezember 1922 zur Reichsvermögenssteuer veranlagt wird. Ausgenommen sind jedoch die Vermögen, die den Betrag von 100 000 M nicht übersteigen; außerdem diejenigen natürlichen Personen, deren Vermögen hauptsächlich aus Kapitalvermögen im Sinne des § 9 des Reichsvermögensgesetzes (im Gegensatz zu Grundvermögen und Betriebsvermögen) besteht, vorausgesetzt, daß das Vermögen den Betrag von 1 Million Mark und daß das Einkommen des Kalenderjahres 1921 den Betrag von 40 000 M nicht übersteigt.

Angesichts der scharfen Bewertungsvoorschriften des Reichsvermögensgesetzes und angesichts der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes wird also auch der gesamte mittlere und ein großer Teil des kleinen Besitzes in Landwirtschaft und Gewerbe von der Zeichnungspflicht erfaßt. Wie ist die Zeichnungspflicht zu messen? Die zu zeichnende Zwangsanleihe beträgt:

von den ersten 250 000 M des Vermögens 2 v. H. des Vermögens für die nächsten 250 000 M des Vermögens 4 v. H. des Vermögens für die nächsten 250 000 M des Vermögens 6 v. H. des Vermögens für die nächsten 250 000 M des Vermögens 8 v. H. des Vermögens für die weiteren Beträge 10 v. H. des Vermögens.

Ueberbezahlungen auf den endgültig zu entrichtenden Betrag des Reichsanleihe sollen auf die Zwangsanleihe angerechnet werden. Zinsen auf diese Ueberbezahlungen will die Regierung offenbar nur vergüten, wenn die Ueberzahlung in bar, nicht auch wenn sie in Kriegsanleihe bezahlt ist. Der volle Betrag der Zwangsanleihe soll im Laufe des Monats Oktober dieses Jahres eingezahlt werden.

Wie hoch stellt sich die Zwangsanleihe?

Nach dem Steuerkompromiß soll sie 1 Milliarde Goldmark (gleich 60 Milliarden Papiermark) betragen. Die Regierungsvorlage berechnet das gesamte der Zeichnungspflicht unterliegende deutsche Volkvermögen auf nur 120 Milliarden Papiermark, den Durchschnittslohn zu dem die zeichnungspflichtigen Vermögen herangezogen werden, auf 5 Prozent, 5 Prozent von 1200 Milliarden Papiermark ergeben 60 Milliarden Papiermark gleich einer Milliarde Goldmark. 1200 Milliarden Papiermark sind bei dem von der Regierung angenommenen Entwertungsfaktor von 6 nur 20 Milliarden Goldmark; bei dem Entwertungsfaktor von 75, der dem heutigen Dollarkurs von durchschnittlich 300 entspricht, sogar nur 16 Milliarden Goldmark. Wenn diese Einschätzung des Volkvermögens richtig wäre, bliebe es unverständlich, wie für das deutsche Volk ein Schuldschein an die feindlichen Staaten von 132 Milliarden Goldmark und mehr als 4 Milliarden Goldmark Zinszahlungen unterschrieben werden konnte.

Es handelt sich bei der Zwangsanleihe nicht darum eine Entlastung des deutschen Volks von untragbaren Verpflichtungen zu erreichen, sondern möglichst viel „Reparationszahlungen“ herauszuholen. Je niedriger das deutsche Volkvermögen veranschlagt wird, desto höher kann man den Prozentsatz der ihm auferlegenden Last bemessen, da mit nämlich die Goldmilliarde herauskommt, und desto mehr wird die Zwangsanleihe erbringen. Eine Durchschnittsbelastung von 5 Prozent gibt bei 20 Goldmilliarde steuerbaren Vermögens die vereinbarte Goldmilliarde sollte sich herausstellen, daß in Gold gerechnet das steuerbare Vermögen beträchtlich höher ist als 20 Milliarden, dann werden vielmehr durch die Zwangsanleihe auch 2 Milliarden Goldmark und mehr herauskommen. Eine Zurücksetzung des über die vereinbarte Milliarde hinaus eingehenden Betrags, etwa im Weg der Verrechnung auf die Reichsvermögenssteuer, steht der Entwurf nicht vor.

Die Ansicht, aus der Zwangsanleihe einen die vereinbarte Goldmilliarde überschreitenden Betrag herauszuholen drängt sich doppelt auf, wenn man sich die 5 Prozent Durchschnittsbelastung etwas genauer ansieht. Bei den Säher der Vorlage würden also allein die Zeichnungen der Vermögen von mehr als einer Milliarde Mark — berechnet und umgerechnet nach der letzten Veranlagung zur preussischen Ertragssteuer von 1917 und unter Berücksichtigung der in zwischen eingetretenen Vermögensveränderung des Mittelstands — mehr als die 5 Prozent des Gesamtvermögens erbringen, auf die die Regierung als Ergebnis der sämtlichen Zwangszeichnungen rechnet. In Wirklichkeit erbringt also, wenn man die preussische Vermögensschätzung von 1917 zugrunde legt, der von der Regierung für die Zwangsanleihe aufgestellte Tarif einen Durchschnittslohn der näher bei 7 als bei 5 liegen dürfte.

Heßlerich schätzt die durchschnittliche Belastung der zeichnungspflichtigen Vermögen auf Grund des Tarifs der Regierungsvorlage auf mindestens 7% Prozent.

Sogar wenn das zeichnungspflichtige Volkvermögen nur 20 Milliarden Goldmark betragen würde, müßte danach die Zwangsanleihe statt der vereinbarten einen Milliarde Goldmark mindestens 1 1/2 Milliarden Goldmark — mehr als 100 Milliarden Papiermark erbringen. Da aber die Schätzung des zeichnungspflichtigen Vermögens mit 20 Milliarden Goldmark zweifellos stark hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, ist die dem deutschen Volk mit der Zwangsanleihe zugebachte Belastung noch beträchtlich stärker.

Bedeutung Entschädigung der Reichssteuerbeamten

Der Bundestag des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten hat in seiner Tagung vom 20. bis 24. Mai in Heidelberg folgende Entschädigung gefordert: „Die von der Entschädigungskommission vor kurzem erneut gestellten unerfüllbaren Forderungen zwingen dem ausgesprochen deutschen Volk ein Sklavendasein auf und nehmen ihm jede politische Selbständigkeit. Die deutsche Regierung darf gewiß sein,

daß die im Bund deutscher Reichssteuerbeamten vereinbarte Entschädigungskommission es eintrittendenfalls abhört wird, von unseren armen Volk fernherin zusammen am Steuern zu erpressen, die nicht dem Wiederanstreben dienen, sondern den Belohnungstruppen ein Wohlleben ermöglichen, das in schroffem und schreiendem Gegensatz zur ärmerlichen Lebenshaltung des allergrößten Teils des deutschen Volks steht. Die Steuerbeamten werden auch weiterhin ihre volle Pflicht tun, wenn es gilt, unseren ersten Erfüllungswillen zu zeigen. Zur Erfüllung von Anprüchen, die über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehen und das deutsche Volk noch mehr ins Elend hineinreißen müssen, wird sich die Steuerbeamten dagegen keineswegs einschließen können.

Gleichzeitig erklären alle Vertreter des besetzten Gebiets mit Rücksicht auf die in den allerletzten Tagen wieder eingehenden Arbeiten schamloser Vaterlandsverräter, die im Verein mit unseren ehemaligen Gegnern das Rheinland von Preußen und dem deutschen Vaterland trennen wollen, daß sie einer nicht verfassungsmäßigen Gewalt im Rheinland keine Gehorsamkeit leisten.“

Die Vorschläge Hermes-Bradbury

Paris, 30. Mai. Der Anleiheausfluß hat, wie berichtet, seine Unterbrechungen vorläufig unterbrochen, bis die Antwort der deutschen Reichsregierung auf die Forderungen der Entschädigungskommission eingelaufen ist, wofür die Frist am 31. Mai abläuft. Am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr wird der Anleiheausfluß wieder zusammenbrechen. Der „Matin“ meint, wenn Deutschland die Forderungen ablehnt, so werden die Beratungen des Ausschusses auch ihr Ende erreicht haben. Die Anleihe müßte ganz oder zum größten Teil Frankreich zugute kommen, jedenfalls liegt es nicht im Interesse Frankreichs, durch sie die finanzielle Lage Deutschlands zu bessern. Der New Yorker Bankmann Morgan scheint den Vorschlägen des englischen Mitglieds der Entschädigungskommission, Bradbury, beigetreten zu sein, daß die schwebende Schuld Deutschlands auf 272 Milliarden Papiermark (Stand vom 31. März d. J.) zurückgeführt werden müßte, daß ohne Zustimmung der Entschädigungskommission weitere Noten nicht ausgegeben werden dürfen und daß der 60 Milliarden betragende Abmangel im Reichshaushalt durch Zwangsanleihen oder neue Steuern zu decken sei. Nur so lasse sich eine gewisse Festigung des Marktkurses herbeiführen. Diese Vorschläge sind vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes grundsätzlich angenommen worden und die Reichsregierung hat sich einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß ihr eine ausreichende Unterfützung aus der zu erwartenden äußeren Anleihe überlassen wird. Dennoch würde also der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März von der Reichsregierung als höchstzulässiger Betrag anzuerkennen sein.

Sollte am 30. Juni oder am letzten Tag eines folgenden Monats der Betrag der schwebenden Schuld höher sein, als der festgesetzte Höchstbetrag, so sei dieser Mehrbetrag innerhalb der nächsten drei Monate durch innere Anleihen oder neue Steuern zu tilgen. Was von den auswärtigen Anleihen etwa an Deutschland fällt, sei in erster Linie zur Tilgung des Mehrbetrags der schwebenden Schuld zu verwenden.

London, 30. Mai. Die Wälder haben hervor, daß die nächste Gefahr am 31. Mai besteht, sei indem die deutsche Reichsregierung die Bedingungen der Entschädigungskommission angenommen habe.

Sie teilen sich in die Staatsgelder

Sonjae der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Ministerpräsident Dr. Benesch auf der Konferenz von Genoa sich befand, haben die tschechischen Regierungsparteien unter sich eine Verteilung von Staatsgeldern in Höhe von nicht weniger als 2 1/2 Millionen tschechischen Kronen vorgenommen. Die Summe war für die Ausgabe des Unterrichtsministeriums bestimmt, aber die tschechisch-sozialistische Partei verlangte vom Ministerrat Einlösung eines Versprechens des Dr. Benesch, wonach sie für die Mitwirkung bei der Bildung der Regierungsmehrheit eine Millionenkrone für die Erhaltung einer „Arbeiterakademie“ erhalten sollte. Der Ministerrat mußte schließlich der Forderung nachgeben, aber alsbald stellten sich auch die übrigen Regierungsparteien ein und verlangten ebenfalls Unterfützung. Da sonstige Mittel nicht zur Verfügung standen, so mußte der für das Unterrichtsministerium bestimmte Haushaltsbetrag herhalten und die Gelder sind nun verteilt. Der deutsche Abgeordnete Universitätsprofessor Dr. Spina richtete ein Schreiben an den Ministerpräsidenten und verlangte Aufklärung über die Verschleuderung der Staatsgelder zu Parteizwecken, er erhielt aber keine Antwort. Durch die Wegnahme der 2 1/2 Millionen Kronen an die Regierungsparteien ist aber nach der Prager „Bohemia“ der vom Landtag bewilligte Betrag für die Volkserziehung bereits so erschöpft, daß für den eigentlichen Zweck keine Mittel mehr verfügbar sind.

50 Jahre Deutscher Landwirtschaftsrat

Am 8. April 1873 fand in Berlin die Gründungs-Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats statt. Vortan am 30. Mai hatte in München der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats, Staatsminister Dr. Freidrich v. Schölerer die 50. Vollversammlung eröffnet und der langjährige Hauptgeschäftsführer, Professor Dr. Dade die Festrede über „50 Jahre deutscher Agrarpolitik“ gehalten. Es ist eine gemüthliche wirtschaftspolitische Arbeitsleistung, auf die heute die Zentralvertretung des landwirtschaftlichen Berufsstands zurückblicken darf. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat es sich zum Zweck gesetzt, die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtinteresse des Deutschen Reichs wahrzunehmen und überall, wo sie durch die Reichsregierung oder durch Anordnungen und Verfügungen der Landesregierungen gefährdet werden können oder gefährdet zu werden Gefahr laufen, nicht nur die etwa von ihm geforderten Entschädigungen abzugeben, sondern auch unangefordert und selbstständig an die Reichsregierung Vorstellungen zu richten oder sich mit Vorschlägen an den Reichstag zu wenden.

Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung war schon vor der Reichsgründung erkannt worden und führte damals eine Zusammenschlussbewegung des landwirtschaftlichen Berufsstandes herbei. Aus den Vertretern der landwirtschaftlichen Zentral- und Hauptvereine ist der Deutsche Landwirtschaftsrat hervorgegangen. Das landwirtschaftliche Berufsleben hatte in den Jahrzehnten des großen Aufstiegs landwirtschaftlicher Technik um die Mitte des 19. Jahrhunderts für die Förderung des landwirtschaftlichen Berufsstandes, für die Verbreitung und Anwendung neuer, erworbener Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und der Technik hervorragendes geleistet. Nur umso mehr vermehrte man damals den nachhaltigen Einfluss auf die wirtschaftspolitische Gesetzgebung. Diese selbst ist eine Frucht des politischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges, für den seit 1833 der Zollverein die Anfänge des einheitlichen Wirtschaftsgebietes geschaffen hat. Der Norddeutsche Bund hat sich von vornherein Beschlüsse der zentralen Regelung wichtiger Wirtschaftsstagen zugesprochen, und auf diese neu geschaffenen politischen Verhältnisse mußten sich die Wirtschaftsstände einstellen. Auf der 1. Vertretertagung ähnlicher landwirtschaftlicher Zentralvereine des Norddeutschen Bundes wurde der Beschluß gefaßt, einen Ausschuss unter dem Namen „Landwirtschaftsrat“ für den Norddeutschen Bund zu schaffen. Die Beteiligung der damals noch nicht zum Bund gehörenden norddeutschen Zollvereinsstaaten wurde in Aussicht genommen. Die wiedergewonnene Reichseinheit veränderte das Bild insofern, als namentlich an die Gründung eines gemeinsamen Deutschen Landwirtschaftsrats gedacht werden konnte; dieser wurde 1872 ins Leben gerufen.

Eine gesetzlich begründete Gesamtvertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes war der Deutsche Landwirtschaftsrat allerdings nicht und ist er auch bis heute noch nicht geworden, wenn er auch von der Regierung anerkannt ist. Er beruht auf freiwilliger Zusammenschluß. Er besteht aus den Abgeordneten der in den Ländern errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen, welche durch Gesetz oder Verordnung als oberste Vertretungen von Landesregierungen anerkannt sind. Es bestehen heute in Deutschland 35 Landwirtschaftskammern. Soweit einzelne Länder wie Preußen und Bayern noch besondere Landeszentralvertretungen geschaffen haben, besitzen diese, also die heutige Preussische Hauptlandwirtschaftskammer und die Bayerische Landesbauernkammer, öffentlich-rechtlichen Charakter. Die landwirtschaftlichen Zentral- und Hauptvereine sind meist in die Landwirtschaftskammern aufgegangen, während ihre Unterorganisationen heute etwa noch in der Zahl von 6000 den Unterbau der Berufsvertretungen bilden. Im Jahr 1920 hat der Deutsche Landwirtschaftsrat die Förderung angestrebt, alsbald in eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Reichslandwirtschaftskammer als Spitzenvertretung der einzelnen Landwirtschaftskammern umgewandelt zu werden. Auf der Vollversammlung 1921 ist nach einmal eingehend über diese Frage verhandelt und eine Kommission mit der Fühlungnahme mit den zuständigen Reichsbehörden beauftragt worden. Der Entwurf des Reichslandwirtschaftsrats ist zu einer vorläufigen Reichslandwirtschaftskammer liegt bereits vor, und es steht zu hoffen, daß auf einem möglichst einfachen und raschen Wege das Ziel erreicht wird, dem deutschen Landwirtschaftsstande endlich die einheitliche gesetzliche Gesamtvertretung zu geben. Das steht umso mehr zu erwarten, nachdem der Deutsche Landwirtschaftsrat in 50jähriger erfolgreicher Tätigkeit bewiesen hat, daß es wichtig seiner umstürzenden Reformen, sondern nur des Weiterbaus auf der gesunden Grundlage bedarf.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat im ersten halben Jahrhundert seines Bestehens großes für die deutsche Landwirtschaft geleistet. Namentlich seit 1901 Graf Schölerer zum Präsidenten gewählt worden war, liegt die Bedeutung seiner Tagungen für die Behandlung der großen Landwirtschaftsfragen; während sich zugleich seine ständige Arbeit auf den verschiedensten landwirtschaftlichen Gebieten erweitert ist nur an die Befolgung des landwirtschaftlichen Marktwesens, durch die Mäßigkeit seines Hauptgeschäftsführers Professor Dade immer fruchtbarer gestaltet. Die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrats stand in dieser ersten Zeit ganz vorwiegend unter dem Zeichen des deutschen Aufstiegs, zu dem er an seinem Teil verdienstvoll mitgewirkt hat. Seine jüngste Versammlung fällt mitten in die Zeit des deutschen Niedrdrucks; seine jetzige und künftige Tätigkeit steht im Zeichen des deutschen Wiederaufbaus, an dem die deutsche Landwirtschaft noch mehr als früher aus eigener Kraft mitwirken berufen ist. Wie für die deutsche Landwirtschaft überhaupt so auch für den Deutschen Landwirtschaftsrat wird dieser neue Arbeitsabschnitt von noch größerer Bedeutung sein. An dem Gelingen ihrer Arbeit hängt die Zukunft des deutschen Volkes.

Aus Stadt und Bezirk.

Remmich, den 1. Juni 1922.

• **Gemeinderat.** Die 3 großen laufenden Steuern in der Stadt sollen wie in Vorjahren mit einem Gesamtaufwand von ca 500 A wieder geschmälert werden. — Die städt. Einwohnerzahl soll angemessen werden, die Straßen mehr als

bisher freizuhalten und das wochenlange Belagern derselben mit Holz und Reisig zu unterlassen. Bei der anhaltend trockenen Witterung sollen 3 mal wöchentlich die Straßen gesprengt werden, sofern Pferde zum Gespann zu erhalten sind.

— Die Hofbestände an allen Gassen werden an Schlossermeister Gauß als Restbestand zu 3,50 A pro Mio abgegeben. Die Akkordanten der städt. Steinbrüche Mittelbergle und Jägerberg ersuchen um Erhöhung der feuerheigen Säge nach. Die Preisverhältnisse veranlassen den dringenden Vorschlag von 30% und werden diese genehmigt. — Wilhelm Weinlein, Feiler und die Witwenbesitzer des Spindelischen Amtes beantragen postweise Ueberlassung des nachbarschaftlichen, städt. Grundstücks. Die Verpachtung wird nach Festlegung der Grenzen genehmigt. — Der Vorliegende teilt mit, daß mit einer nicht unwesentlichen Erhöhung des Milchpreises ab 16. Juni zu rechnen sei. — Zur Feuertrennung bedürftig Herr Oberamtsverwalter Klein zu Hofen ein Quantum Stangen und erlaubt die Stadt um vorrangweise Belieferung, was angefragt wird. An Hand von Plänen erläutert H. Geometer Klein das Projekt der Feldbereinigung im Reinen, aus dem hervorgeht, daß die bisherige mäßige Bearbeitung resp. Beseitigung der meisten dort gelegenen Grundstücke verbessert resp. beseitigt würde. — Das Amt des Innern, Abt. Straßen- und Wasserbau leitet in einem längeren Schreiben die Erhöhung der feuerheigen Zuschläge zum Unterhalt der Körperlichkeitsstraßen mangels Mitteln ab. — Johs. Beutler, Schreiner sucht um Zuschuß seiner Einbaukosten nach. Da es sich nur um Verbesserung seiner Wohnung nicht aber um Schöpfung weiterer Wohnräume handelt, muß das Gesuch der Konsequenzen halber abgelehnt werden. — Der Patrimonialvertrag wird v. Hof an jedermann zu 10 A abgegeben. — Die Bauhofabgabe an Bauvermeister Rupp wird entsprechend den Leistungen der Wohnungsbau genehmigt. — Die Wohnungsabgabe (Mitt. des Innern) teilt mit, daß jeder seine 50 Prozent der Baukosten berücksichtigen werden können. Es wird in den einzelnen Bezirken festgesetzt werden, wer als dringender in Betracht kommt. — Eine Zuschrift derselben Abt. in Sachen der Gaudardischen Theater u. Kauf wird zur Kenntnis genommen. — Das Amt des Innern kündigt in längerem Rundschreiben die Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 4% für Stadt, 1 1/2% für die Gemeinde an. Von demselben wird angeregt, einen Verband zu gründen, dessen Aufgabe die Amtskörperlichkeit sein würde. Der Gemeinderat nimmt hieran Kenntnis und wies es bereit, dem Verband unter der Bedingung beizutreten, daß die hier anfallende Wohnungsabgabe hier verbleibt. — Gerbermeister Kempf wäre bereit, eine Wohnung der Stadt zur Verfügung zu stellen, falls die notwendigen Reparaturen auf städt. Rechnung übernommen werden. Der Gemeinderat stimmt zu. — Anschließend Schulfachsen und nichtöffentl. Sitzung. — Die Firma Theuer teilt mit, daß sie nunmehr an die Ausführung der Erweiterung ihrer Gleisanlage und ihres Werkes gehen wolle. Hierbei wird der Feldweg 11 in Richtung Steinberg mehrfach mit den Gleisen überschritten und kann deshalb künftig als Verkehrsmittel nicht mehr in Frage kommen. Im Prinzip hat früher schon der Gemeinderat der Aufhebung und der Umleitung des Verkehrs auf Feldweg 142 entlang der Alensteiger Bahn zugestimmt, wenn dieser Weg am Rostrikt aus dem Eisenbahndurchlauf und vor der Stummung in der Halterbachstraße erweitert wird. Sofern etwa berechtigte Einwendungen gegen die Aufhebung zu erheben sind, wären sie in nächster Zeit an dem Rathaus anzubringen. Weiterhin sollen überfahrtsberechtigende Wiesenbesitzer vom oberen Felschhäuser-Tal ihre Forderungen nicht mehr über den Weg durch das Werk nehmen, sondern auf einem neu zu erstellenden, mit Vorlage verfahrenen 4 m breiten Weg mit 5% Steigung quer zur Halterbachstraße. Diese Veränderung hat im Einvernehmen der Beteiligten zu geschehen.

• **Fahrpländerung.** Auf der Straße Ragold — Altensteig fällt künftig, wie uns heute mitgeteilt wird, die Personenbeförderung mit Zug 57 Ragold ab 7.01 abends, Altensteig an 8.10, weg.

• **Altensteig.** Todesfall. An Bismbergstraße starb im 17. Lebensjahr infolge eines Sprechens an einem Finier, der in der Wäldchstraße J. Wals beschuldigte Schreinermeister Otto Schwarz, Sohn der Maria Schwarz Wwe. hier.

• **Waldberg, 31. Mai.** Durch das eifrige Bemühen des Vorstandes des Schwarzwaldbereichs, Herrn Professor Elwert, sind in der Umgebung der Stadt an schönen Aussichtspunkten oder lauschigen Ecken die schadhafte Bänke aufgebessert oder ganz neu erstellt worden. Sie seien der Obhut der ganzen Einwohnerschaft empfohlen und jedermann sollte diese Gelegenheiten der mutwilligen Zerstörung schenken. Für den Beitrag, den die Stadt dazu gegeben, sei herzlich gedankt. — Für die Badegast möge sich die badende Jugend doch sorgsam sein lassen, daß die Badestelle auch in Ordnung gehalten u. nicht unangenehm vergrößert werden. Es wäre ja bedauerlich, wenn des entstehenden Schadens wegen die Wiesenbesitzer das Baden an den Wehren verbieten müßten. Bei dem derzeitigen hohen Wasserstand mögen des Schwimmers Unfälle es vermeiden, über die Wehre zu gehen. Am letzten Montag wurde ein waghalsiges Wärschen fortgerissen und in den Strudel hinter der Sieffalle hinunter gezogen. Da sofort ein Schwimmer ihm nachsprang, kam er mit dem Schrecken davon. Also Vorsicht!

Brauns Stoffsachen

millionsfach bewährt! Verlangt stets die echte Marke „Brauns“. Es gibt nichts gerade so Gutes, in allen einschlägigen Geschäften zu haben. 412a

Württemberg.

• **Unterjettingen, 30. Mai.** Eine für unsere Abgeordneten hier begonnene Hausammlung, die nahezu abgeschlossen ist, ertrag etwas über 23000 A und 10 Zr. Frucht. Da der Schaden eine halbe Million übersteigt, die Versicherungen höchstens den fünften Teil der Kosten decken, ist freiwillige Hilfe den Betroffenen hoch nötig.

• **Rottenburg, 31. Mai.** Unglücksfall. Am Himmelshausen abends fand der Turbinenmeister der Firma Fouquet und Franz an der Leuchtschiffel hinter dem Schwarzen Schwerk die den 12 Jahre alten Knaben des Bauern Paul Heberle Ww. S. mit einer großen, klaffenden Wunde am Hinterkopf in demselben Zustand an.

Co. Landeskirchenversammlung II.

• **ep Stuttgart, 31. Mai.** Die Besprechung über das Bahngesetz zum Landeskirchentag wurde am Mittwochsabend fortgesetzt. Von Seiten der Kirchenleitung Staatsrat v. Rosthof, Dr. Müller, Präsident Dr. v. Jeller, wie von einer

Reihe Abgeordneter Dr. v. Schwandner, Bsp. Reiff auch Dr. Gahn, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Verhältniswahlgesetz mit Notwendigkeit zur Bildung ausgeglichener kirchlicher Parteien und zu eigentlichen Parteireihen führen würde, daß die Berücksichtigung vollends bei der kirchlichen Wahl die unmittelbare Verhältniswahl deutlich bevorzugt, daß die Zusammenlegung von Bezirken unerwünscht und die Verhältniswahl auch technisch viel unständlicher sei. Je größer der Wahlkreis ist, umso kleiner ist der Kreis derer, die die Wahl eigentlich machen, und umso mehr wird nach Richtungen gewöhnt. Für Stuttgart, wo mehrere Abgeordnete nebeneinander zu wählen sind, liegen die Dinge anders; hier empfiehlt sich die beschränkte Stimmgebung oder die Verhältniswahl. D. Traub und Reiff wollen auch für Stuttgart die Verhältniswahl, evtl. Teilung der Stadt in 2 Bezirke. Von anderer Seite, den Abg. Dittmer, von Scheuren I, D. Holzner, wird demgegenüber hervorgehoben, daß bei der Verhältniswahl infolge des notwendigen Besizes zwischen weltlichen und geistlichen Abgeordneten kein rechter Zusammenhang zwischen dem Abgeordneten und seinem Bezirk entstehe und daß die für die Geschäftsfähigkeit des Kandidaten wichtige Wiederkehr ständiger Verhältnisse durch die Verhältniswahl viel eher gefördert sei. Der Antrag von Scheuren I auf Einführung der Verhältniswahl für sämtliche Abgeordnete wird mit 60 gegen 15 Stimmen abgelehnt, der Antrag Traub auf Einführung der Verhältniswahl auch für Stuttgart mit 39 gegen 30 Stimmen angenommen.

• **Stuttgart, 30. Mai.** Ausheilung von Kirchengeräten. Vom 8. Juli bis 10. August wird im hiesigen Jandelslof eine Ausstellung für Kirchengüter und Kirchenmusik stattfinden. Viele Einzelkirchen und eine Reihe Verbände, vor allem der Werkbund, haben sich bereits angemeldet. Es wird alles zu sehen sein, was zur Ausheilung der Kirchen dient. Der deutsche, insbesondere der schwäbische Kunstfleiß wird dabei zu einwandvoller Darstellung kommen.

• **Stuttgart, 31. Mai.** Die Zeitungsnot. Eine Abordnung des Vereins Württ. Zeitungsoverleger wurde gestern vom Staatspräsidenten Dr. hieber und Finanzminister Dr. Schall empfangen. Die Abordnung gab Aufschluß über die Notlage der Zeitungen und schloß an die Wünsche der Bitte, dem Verein Deutscher Zeitungsoverleger ausgearbeiteten Entwurf zur Sicherstellung des Papierbedarfes Förderung zu gewähren und bei Reichsrat und Reichsregierung dahin zu wirken, daß entsprechend der einstimmigen Entschloßung des Reichstags vom 1. April auf Vorlegung geeigneter Gesetzesmaßnahmen eine Tat erfolge. Die Erfüllung der Bitte wurde zugesagt. Auch soll aus den Staatsforsten nach Möglichkeit Papierholz zur Verfügung gestellt werden.

Das Reichskabinett soll sich nach einer Berliner Meldung gestern mit der Zeitungsangelegenheit befaßt haben.

• **Stuttgart, 31. Mai.** Nach dem Streit. Durch Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Metallindustriellen wurden am Dienstag die Streitpunkte bei den meisten Betrieben der Metallindustrie beigelegt und die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen. Im Industriegebiet Groß-Stuttgart besteht nur noch bei fünf Firmen, darunter Daimler, Norma und Fein Ueimgießerei, über die jedoch am Mittwoch weiter verhandelt wurde.

Am letzten Sonntag tagte der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei für Württemberg und Hohenzollern, um zu politischen, agitatorischen und organisatorischen Fragen Stellung zu nehmen.

• **Stuttgart, 31. Mai.** Sängerbefuch. Der Kölner Niedertranz G. S. von 1855 wird eine Sängerbefuch nach Süddeutschland veranstalten. Als Besuchsstätten wurden Koblenz, Frankfurt, Würzburg, Rothenburg o. T., Nürnberg und Stuttgart festgelegt. In Stuttgart trifft der Kölner Niedertranz am 1. Juli mittags ein. Nach am selben Abend gibt er im großen Saal der Stadthalle ein Stuhltanzfest.

Die Wärme stieg gestern in Stuttgarter Tal auf 26 1/2 Grad, womit der 15. Sommertag erreicht war.

• **Großholzwart, 31. Mai.** Traubenblüte. In dem Harberg-Weinberg des Johannes Kranich wurden die ersten blühenden Trauben angetroffen.

• **Nedarjulin, 31. Mai.** Streikende. In den Fahrzeugwerken Nedarjulin sind im Lauf des gestrigen Tages die Streitpunkte ausgeglichen und die Arbeit heute früh wieder aufgenommen worden. Zur Frage der Arbeitszeit wurde vereinbart, daß nach Wiedereinstellung aller Arbeiter die 48-Stundenwoche in Kraft tritt.

• **Stuttgart, 31. Mai.** Landesturnfest. Der 11. Turnfest Schwaben hält vom 29.—31. Juli hier sein Landesturnfest. Am 29. Juli findet ein Jugendturnfest mit turnerischen Wettkämpfen und Wettschwimmen statt.

• **Hausen a. d. J., 31. Mai.** Brand. In dem großen Wohn- und Wirtschaftsgebäude von Karl Flinsbach an der Straße nach Lauffen brach gestern nachmittag, während der Besitzer und seine Angehörigen auf dem Felde waren, Feuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Anwesen einschloß.

• **Lauffen, 31. Mai.** Eingestellte Kautolinie. Nach 12jähriger Dauer hat die Kraftmagenlinie Bilingen-Wim ihre Zustimmung beschloßen. Das Unternehmen varierte sich nicht mehr.

• **Luffingen, 31. Mai.** Besitzwechsel. Die frühere Wirtschaft zur „Ginde“, Inhaber Dreher und Heinemann, Weinhandlung, wurde um den Preis von 385 000 M. an die Kartonnagenfabrik Schäfer u. Münzer verkauft.

• **Hausen a. M. (Hohenzollern), 31. Mai.** Unglücklich. Einem Landwirt, der schon längere Zeit in seinem Stall unglücklich hatte, machten Jäger vor, daß eine Hege in seinem Stall ihr Unwesen treibe. Sie erklärten sich bereit, diese zu vertreiben. Nach und nach entlockten sie dem Landwirt 60 000 Mark. Zum Schluß kam ein Schreiben aus einem Kloster mit der Unterschrift „Oberpater Jepsch“, in dem weitere 22 000 Mark angefordert wurden, um die Hege ganz aus dem Stall zu beseitigen. Der Bauer borgte auch diese Summe und erzählte auf Befragen des Gläubigers die ganze Geschichte. Dieser rief den Landwirt herbei, der sofort zwei Jäger verhaftete und nach Sigmaringen einleitete. Von den 82 000 Mark wurden nur noch 22 000 Mark beigetrieben.



Freie Bezirks-Bäcker-Innung Nagold.

Infolge der fortwährenden unwillkürlichen Steigerungen der Brennstoffpreise, sowie aller anderen Betriebsstoffe sind die Bäcker gezwungen, ihre Back- und Preisliste den Verhältnissen entsprechend festzusetzen.

Ab 1. Juni gelten im ganzen Bezirk nachstehende Preise:

- 2133
- ### 1. Backpreise.
- a) Selbstbereiten 1 Pfd. Brot —.70 M für Dese pro Laib 25 J (mindestens aber 50 J)
 - b) nur backen 1 Pfd. Brot —.60 M
 - c) Langbrot 1 " 1.15 M
 - d) dünne Kuchen 1 M bis 1.50 M
 - e) Hefenkranz oder Gugelhupf backen 3.— M beim Selbstbereiten pro 1 Pfd. Mehl 3.— M

2. Kleingebäckpreise.

Becken		
Milchbrot	per Stück	1.50 M
Brezel		
Pfundlaible		12.— M

3. Freies Schwarzbrot.

1 Klg. Langbrot	15.— M
1 Bierpfänder	30.— M

4. Freies Weißmehl und Brotmehl.

Weißmehl	1 Pfd.	12.50 M
Brotmehl	1 "	10.— M

Soeben erschienen:

Sachsenfahrplan, Klein Ausgabe (geb.).

Enthält alle Fahrzeiten der Haupt- und Nebenbahnen in Württemberg und Hohenzollern samt Anschließern.

Preis Mh. 12.—.

Vorrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.



Das Vaterland über die Partei

Das ist der Grundsatz. Unter ihm sollen sich alle vereinen, die dem Wiederaufbau dienen, Abhönung des Klassenkampfes! Für ständige Erziehung und Erneuerung! Behauptung deutscher Kunst, deutscher Literatur! Täglich einmal früh erscheinend.

Berlin S.W. 11, Dessauer Straße 4.

Den verehrl. Turnvereinen

empfehlen wir

Turn-Diplome

in großer Auswahl

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Nagold.

Statt jeder besonderen Einladung.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung gestatten wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Pfingstmontag, den 5. Juni 1922

in das Gasthaus zur „Rose“ in Nagold freundlichst einzuladen.

Karl Lohmiller & **Sophie Schühle**

Blindkloster, Sohn des Georg Lohmiller, Sohn des Georg Lohmiller, Hofmüller in Nagold, Hofmüller in Nagold.

2129 Abgang 1/2 2 Uhr.

Untertalheim-Hatterbach.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Pfingstmontag, den 5. Juni 1922

in das Gasthaus zur „Hirs“ in Untertalheim freundlichst einzuladen.

Anton Fajnacht & **Friederike Kaupp**

Bierbrauer, Sohn d. Anton Fajnacht, Sohn d. Anton Fajnacht, Steinbauer, Urtalheim, Urtalheim, Hatterbach.

Abgang 1/2 10 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Hatterbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am Pfingstmontag, den 5. Juni 1922

stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zur „Stube“ in Hatterbach freundlichst einzuladen.

Jakob Luz & **Karoline Knopf**

Wagner, Sohn des Gottl. Luz, Wagnermeister, Tochter des Matth. Knopf, Bauer.

Abgang 12 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Lehrverträge

bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung, Nagold.

Ein Paar schöne, leibere



Zugtiere

fehlt dem Verkauf aus **Wilhelm Großhans** 2025 Schönbrunn.

Unterzeichnet verkauft am Samstag Morgen um 8 Uhr einen Wurf schöne

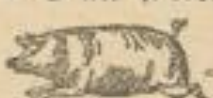


Milchschweine.

Adam Bauer 2023 Walldorf.

Wiltberg. Verkauf am Samstag Nachmittag 2127

2 Stück starke



Läuferfchweine.

Frau Memminger, Böckers-We.

2022 Eshausen.

1 ältere, 36 Wochen träch



Samstag mittag 2 Uhr.

Johs. Ottmar.

Heftschoner

empfiehlt **G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.**

Stadtgemeinde Nagold.

Reifig-Verkauf.

Am Freitag, 2. Juni 1922 aus Distrikt Wald, Distrikt Gensheimer, Distrikt Galsberg, Distrikt Oberer Beinhardsberg, Distrikt Mittelberg, Distrikt Steinhauhenberg, unteres und oberes Steinbruchstraße, Herstraße u. unterer Hübelkopf; Distrikt Wolfberg, Distrikt vorderer Wolfberg.

Kabelholz-Reifig, Wellen: gebunden 1100; auf Spanen 1340; in Frischlosen 1400.

Zusammenkunft zum Vorzeigen um 2 Uhr beim Bad Köthenbach. Verkauf 6 Uhr im großen Rathhauseaal. Auswärtige Käufer werden nicht zugelassen.

Städt. Forstverwaltung.

Ich suche in Nagold, Rohrbach, Eshausen oder in der Umgebung ein

Land- oder Wohnhaus

mit 6 Zimmern zu kaufen, oder eine Wohnung zu pachten und könnte als Lohn meine schöne 4 Zimmer Wohnung in Stuttgart geben.

Angebote von Selbstinteressenten erbeten unt. S. T. 2362 an Rudolf Mosse, Stuttgart.

Suche einen 1996

Ucker

in guter Lage

zu kaufen.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Blattes.

Kopfungziefer mit Deut



Erhältlich in sämtlichen Apotheken, Drogerien, Mineralwasserhandlungen, Chemiepapierhandlungen.

1093 Alleinverkauf: Apotheke Schmid, Nagold.

Die schönsten Handarbeiten

nach den vorz. Zeichnungen und herrlichen Mustern von **Georg Handarbeitsbücher**



124. 1. Serie: Arbeiten für Kinder-Kleidung. 2. Serie: Arbeiten für Damen-Kleidung. 3. Serie: Arbeiten für Herren-Kleidung. 4. Serie: Arbeiten für Kinder-Kleidung. 5. Serie: Arbeiten für Damen-Kleidung. 6. Serie: Arbeiten für Herren-Kleidung.

Zu beziehen durch **G. W. Zaiser, Buchhandlg. Nagold.**

Eine schöne starke, gewöhnliche Kuh 28 Wochen trächta verkauft. 2132

Kalbin

Andreas Fischer Volkmaringen.



Schuhputz Pilo

glänzt im Nu und erhält die Schuh



Schulkarten

von Württemberg, Baden und Hohenzollern zu M 350 bei **Buchhandlung Zaiser Nagold.**

Wiltberg. Ein Jünger 2131

Bursche

von 15 bis 16 Jahren kann sofort eintreten. Anfangslohn 60-80 M pro Woche. Kost und Logis im Hause. **Wilh. Rothfuß** Biervetrieb: Tel. 12.

Alle Hausfrauen kaufen Triumph Wäscher **„Wunder schön“** Fr. Schmid, Eshausen, Nagold.

Gute Bücher

mitgeteilt u. zu beziehen durch **G. W. Zaiser Buchhandlung Nagold.**

(Alle Preise unverbändlich.)

Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat 30.—

Blütenweige, Eine Sammelgabe 37.50

Buchfleisch, Der Internat. Verein deutscher Buchhändler. Eine Kritik 3.60

Ebner, Wegweiser durch die deutsche Reichsgeschichte nach Reichsworten in der Buchfaberfolge geordnet, mit Nachtrag bis zum 31. Dez. 1921 90.—

Herings-Hähl, Homöopath. Hausarzt. 27. neu bearb. Auflage 65.—

Hoppeler, Die Predigt unseres Adpers 25.—

Reutsch, Volkswirtschaftslehre, Grundzüge und Grundbegriffe der Volkswirtschaft 78.—

Jung, Germanische Wörter u. Helten in der Welt. Zeit: Weltgeschichte u. Entwicklungsgeschichte d. deutsch. Volkstums 90.—

Moltke, Briefe, Schriften, Neben, über geschichtlich verbunden. Mit Zeichnungen aus Volkes Elgenbuch 30.60

Pfuhl, Besten (mit 91 Abbildungen) 28.60

Schweiger, Zwischen Wasser und Wald; G. W. Zaiser, Buchhandlg. Nagold.

Simon, Wie entsteht eine Zeitung? Eine Studie z. Verhältnis zwischen Publikum und Presse 16.—

Wirtschaftl. Arbeitnehmer-Handb. 2. Bd. 20.—